

Der Landrat verwies auf die mehrheitliche Beschlussempfehlung des Finanzausschusses in seiner Sitzung am 21.05.2012 sowie die einstimmige Beschlussempfehlung des Kreisausschusses in seiner Sitzung am 25.06.2012. Es gehe hierbei um die allgemeine Kreisumlage 2012 und die Wünsche einiger Städte und Gemeinden, hier noch nachträglich etwas zu ändern.

Abg. Hauer wies darauf hin, dass ihm die finanzielle Not der Kommunen natürlich sehr bewusst sei. Er bemängelte allerdings, dass sich diese Resolutionen seines Erachtens an die völlig falsche Adresse richteten. Sie müssten sich vielmehr an die wenden, die nach dem Konnexitätsprinzip die Verschuldung durch die Rahmenbedingungen überhaupt herbei geführt hätten. So habe er auch im Rat seiner Heimkommune vorgebracht, dass der Rhein-Sieg-Kreis kein „gieriger Kreis sei, der die Kommunen aussauge“, sondern dass er sehr verantwortungsvoll mit den zu Verfügung stehenden Mitteln umgehe und dass ein einmaliger Effekt auf Grundlage der Rückzahlung von LVR-Umlagen langfristig nur eine größere Erhöhung der Kreisumlage bedeuten würde. Daraufhin habe der Bürgermeister das Abstimmungsverhalten von Frau Kunert und ihm zu dieser Resolution im Gemeinderat öffentlich im Mitteilungsblatt der Gemeinde angeprangert. Er habe daraufhin versucht, eine Gegenmeinung zu positionieren. Dies sei ihm aber erst nach mehrmaligen Aufforderungen und der Drohung mit dem Presserat in sehr spärlicher Form eingeräumt worden. Dankenswerterweise habe sich der Landrat aber hier klar positioniert und deutliche Worte gefunden. Er denke, auch in anderen Kommunen finde ein solcher Druck auf Kreistagsmitglieder, die gleichzeitig auch Ratsmitglieder seien, statt. Hier sollte man sich klar positionieren und sich nicht in dieser Art und Weise an den Pranger stellen lassen.

Der Landrat dankte dem Abg. Hauer für dessen Beitrag im Interesse der Kollegen, die in ihren Kommunen unter ähnlichem Druck stünden. Als Landrat und Vorsitzender des Kreistages helfe er gerne, wo er könne.

Abg. Fleck stimmte den Resolutionen hingegen zu. So habe er den Doppelhaushalt 2011/2012 abgelehnt und große Einsparmöglichkeiten aufgezeigt, wie beispielsweise bei der enormen Zinsbelastung. Würde man seinen Anträgen folgen, kämen aus den Kommunen gar nicht solche Ansinnen. Er sehe das Aufbegehren aus den Kommunen als durchaus gerechtfertigt an.